

**Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.**  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.236.583

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)18218/J-NR/2024

Wien, am 21. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. März 2024 unter der Nr. **18218/J-NR/2024** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Streitigkeiten über Pflegegeldleistungen vor dem Arbeits- und Sozialgericht – Daten 2023“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Es wurden aus Anlass der Anfrage Auswertungen der entsprechenden Register in der Verfahrensautomation Justiz durch die Bundesrechenzentrum GmbH in Auftrag gegeben und die Ergebnisse als Beilagen angeschlossen.

**Zu den Fragen 1 und 7:**

- *1. Wie viele Klagen in Sachen Überprüfung des Pflegegrades wurden bei den zuständigen Sozialgerichten im Jahr 2023 eingebracht? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland)*
- *7. Wie viele Klagen wurden im laufenden Jahr eingebracht? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern.)*

Es wird auf die beiliegende Tabelle zu den Fragen 1 und 7 verwiesen.

**Zur Frage 2:**

- *Wie viele Verfahren diesbezüglich waren im Jahr 2023 anhängig? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland?)*

Es wird auf die beiliegende Tabelle zur Frage 2 verwiesen, in der die zum Stichtag 1.4.2024 offenen Verfahren ausgewiesen sind. Die spezifische Auswertung des Status des Verfahrens zu einem Stichtag in der Vergangenheit würde einen unverhältnismäßig hohen Aufwand bedingen, weshalb um Verständnis gebeten wird, dass davon abgesehen werden muss.

**Zu den Fragen 3, 5 und 6:**

- *3. Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2023 abgeschlossen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland)*
- *5. Wie viele Verfahren wurden im Jahr 2023 beendet, deren Verfahrensdauer über ein Jahr betrug? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*
- *6. Wie viele Fälle gab es 2023, bei denen die Verfahrensdauer maximal ein halbes Jahr betrug? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*

Es wird auf die beiliegende Tabelle zu den Fragen 3, 5 und 6 verwiesen.

**Zur Frage 4:**

- *Wie lange dauern im Durchschnitt Verfahren zur Überprüfung des Pflegegrades? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland)*

Es wird auf die beiliegende Tabelle zur Frage 4 verwiesen.

**Zur Frage 8:**

- *Sind Ihrem Ressort Fälle bekannt, in denen es zu Verfahrensverzögerungen aufgrund Ressourcenmangels (Personal etc.) kam?*
  - a. Wenn ja, was verursachte die Verzögerungen?*
  - b. Wenn ja, was wird von Ihrem Ministerium gegen das Auftreten dieser Verzögerungen unternommen?*

Unbestreitbar können die verfügbaren Ressourcen (Personal, Sachverständige) ein Faktor für die Verfahrensdauer und ihr konkreter Mangel (etwa durch die gesetzlichen Limitierungen oder – wie bei den Sachverständigen – mangels Beeinflussbarkeit durch die Justizverwaltung) oder Ausfall (etwa durch Erkrankung von Bediensteten) Ursache für Verfahrensverzögerungen sein. Die Justizverwaltung ist stets bemüht, durch Aufsicht über

die Verfahren und einen zweckmäßigen Einsatz der gesetzlich wie faktisch verfügbaren Ressourcen längere Verzögerungen im Einzelfall hintanzuhalten.

**Zu den Fragen 9 und 10:**

- *9. Auf wie viele Gutachter können die Sozialgerichte aktuell zugreifen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern.)*
- *10. Ist an eine Aufstockung der Ressourcen bzw. Gutachter gedacht?*
  - a. Wenn ja, wie sehen die Aufstockungspläne im Detail aus?*
  - b. Wenn ja, wann kann mit der konkreten Umsetzung gerechnet werden?*

Verwiesen wird auf die Beantwortung der Fragen 9 und 10 der Anfrage Nr. 6130/J-NR/2021.

**Zu den Fragen 11 und 12:**

- *11. Gibt es mittlerweile Aufzeichnungen, in wie vielen Fällen es zu Klageabweisungen in den letzten drei Jahren durch die zuständigen Sozialgerichte kam? (ggf. bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*
- *12. Gibt es mittlerweile Aufzeichnungen, wie viele Verfahren in den letzten drei Jahren geführt wurden, obwohl die pflegebedürftige Person bereits verstorben war? (ggf. bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern)*

Dazu stehen keine Daten aus der Verfahrensautomation Justiz (VJ) zur Verfügung. Eine Beantwortung dieser Fragen wäre nur über eine händische Auswertung aller einschlägigen Gerichtsakten möglich. Der damit verbundene Verwaltungs- und Rechercheaufwand wäre nur im Rahmen einer (externen) wissenschaftlichen Forschungsarbeit vertretbar, weshalb um Verständnis gebeten wird, dass davon abgesehen werden muss.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

